

Positionspapier

ENERGIEEFFIZIENZ

Energieeffizienz – Anreize sind sinnvoller als Zwang

Effizientes Wirtschaften ist im ureigenen Interesse des Unternehmers. Durch steigende Energiekosten gewinnen Maßnahmen für mehr Energieeffizienz zunehmend an Bedeutung. Aufgabe der Politik ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um gemeinsam mit den Unternehmen die Energieeffizienz zu steigern ohne den Mittelstand zu überlasten.

Die politischen Selbstverpflichtungen sowie Zielvorgaben der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland sind ambitioniert. Ziel der Bundesregierung ist es, den Primärenergieverbrauch bis 2020 gegenüber 2008 um 20 Prozent und bis 2050 um 50 Prozent zu senken.¹ In den Energie- und Klimazielen 2030 hat die Europäische Union sich das Ziel zur Steigerung der Energieeffizienz um 27 Prozent bis 2030 gesetzt.² Schon heute gibt es eine Vielzahl an Maßnahmen, um die Effizienzziele zu erreichen.³ Dennoch werden künftig weitere politische Maßnahmen nötig sein.

In der Diskussion um weitere Vorgaben und Maßnahmen muss zunächst festgehalten werden, dass die deutschen Unternehmen bereits viel zur Steigerung der Energieeffizienz getan haben. Deutschland gehört schon heute zu den energieeffizientesten Volkswirtschaften der Welt. Zwischen 1990 bis 2012 ist der Energieverbrauch trotz Wirtschaftswachstum gesunken. Insgesamt hat die Energieintensität im genannten Zeitraum um 31,7 Prozent abgenommen.⁴ Deutschland gehört zu den wenigen Industrieländern, die bereits heute den Energieverbrauch sichtbar vom Wirtschaftswachstum entkoppeln konnten.⁵

Industrie und Gewerbe haben aus eigenem Antrieb, und unterstützt durch vielfältige Förderprogramme, kräftig investiert. Zwischen 2006 und 2011 haben sich die Investitionen der Unternehmen im Bereich Energieeffizienz und Energieeinsparung nahezu verfünffacht. Im Jahr 2011 wurden fast 650 Millionen Euro investiert.⁶ Kosteneinsparungen sind der wesentliche Treiber für die Investitionen. Für die Hälfte der deutschen Mittelständler haben

die Themen Energieeffizienz und Energiekosteneinsparung eine wachsende unternehmerische Bedeutung.⁷

Bei der Beratung über weitere Maßnahmen zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz müssen Chancen und Risiken realistisch bewertet werden. Auf der einen Seite gibt es klare Chancen, die Energiekosten zu senken und die Marktposition und Exportmöglichkeiten im Bereich der Effizienztechnologien auszubauen. Auf der anderen Seite besteht das Risiko bei überzogenen Vorgaben oder mangelnder Förderung, dass die eingesparten Energiekosten die Investitionskosten nicht decken. Die Kosten für die mittelständischen Unternehmen dürfen daher nicht aus dem Blick geraten. Bei einer Überlastung der Unternehmen besteht die Gefahr, dass sie ihr Engagement zurückfahren, und die Energiewende insgesamt ins Stocken gerät.

Forderungen: Reformen und Förderung

Zur weiteren Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Energieeffizienz ist aus Sicht des deutschen Mittelstandes Folgendes zu berücksichtigen.

Die politischen Vorgaben müssen durch geeignete Anreize statt Zwang umgesetzt werden. Die deutschen Unternehmen haben bereits viel in Effizienz- und Einsparmaßnahmen investiert. Zum Teil sind die unter derzeitigen Bedingungen wirtschaftlichen Maßnahmen bereits ausgereizt. Weitere Vorgaben, die durch die ehrgeizigen politischen Ziele aus Brüssel und Berlin nötig werden, müssen mit Augenmaß gemacht werden. Umfangreiche Regularien sowie umfassende Dokumentations- und Nachweispflichten können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen schnell überlasten.

Nach Einschätzung der Deutschen Energie-Agentur (dena) besteht zudem großes Einsparpotenzial in privaten Haushalten und im Verkehrssektor.⁸ Dies sollte bei der Festlegung neuer Maßnahmen berücksichtigt werden, um die Unternehmen nicht über Gebühr zu belasten. Des Weiteren ist Augenmaß gefragt, wenn der Stand der Technik definiert wird. Teure Neuerungen werden zu schnell zum Stand der Technik erklärt. Es besteht die Gefahr, dass das Verhältnis von Kosten und Nutzen nicht hinreichend berücksichtigt wird.

1 Vgl. Energiekonzept der Bundesregierung 2010, S. 5.
2 Vgl. Europäischer Rat (2014): Vermerk zur Tagung des Europäischen Rates (23./24. Oktober 2014) Schlussfolgerungen zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/145377.pdf; abgerufen am 24.10.2014).
3 Eine aktuelle Auflistung der Maßnahmen findet sich im 3. Nationalen Energieeffizienz-Aktionsplan (NEEAP) 2014 der Bundesrepublik Deutschland.
4 BMWi (2014): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik (<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht,did=627356.html>; abgerufen am 22.09.2014).
5 Vgl. BMWi (2014): 3. Nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan (NEEAP) 2014 der Bundesrepublik Deutschland; S. 2.
6 Vgl. Statistisches Bundesamt: Fachserie 19 Reihe 3.1 „Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe“, verschiedene Jahrgänge.

7 Vgl. KfW Fokus Volkswirtschaft (2013): Sonderausgabe zum KfW-Mittelstandspanel, Energiekosten und Energieeffizienz im Mittelstand, Nr.40, 20. Dezember 2013.
8 Vgl. Deutsche Energie-Agentur (2012): Abschätzung: Wirtschaftlich erschließbare Endenergieeinsparpotenziale in Deutschland bis 2020.

Maßnahmen zur Energieeffizienz werden durch Überzeugung und betriebswirtschaftliches Kalkül getroffen, nicht aus Zwang. Es ist daher bei der Umsetzung der EU Energie-Effizienz-Richtlinie auf ordnungsrechtliche Vorgaben zu verzichten. Auch die Umsetzung von CO₂-Zielen muss ohne ordnungsrechtliche Maßnahmen und eine CO₂-Abgabe erfolgen. Zur Vermeidung von CO₂-Emissionen in der EU ist stattdessen das europäische CO₂-Handelssystem zu reformieren.

Der deutsche Mittelstand steht Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung positiv gegenüber. Mit geeigneter Förderung lassen sich Einsparpotenziale realisieren. Zudem sind stabile rechtliche und politische Rahmenbedingungen notwendig, da Effizienzmaßnahmen zum Teil lange Amortisationszeiträume haben.

Die Rahmenbedingungen für Investitionen in Energieeffizienz müssen verbessert werden. Fehlende Finanzmittel zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen sind das größte Hemmnis. Nach Angaben der Unternehmen sind die Amortisationszeiten zu lang. Aufgrund knapper Finanzmittel werden Investitionsentscheidungen häufig zu Gunsten von Investitionen mit geringerer Amortisationszeit getroffen.⁹ Kürzere Abschreibungszeitraum für Energieeffizienzmaßnahmen würden die Anreize zu Gunsten von Investitionen in Energieeffizienz verschieben.

Eine weitere Möglichkeit, den Finanzrahmen der Unternehmen gezielt für Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen zu erhöhen, wäre die Übernahme von Bürgschaften. Dadurch könnten Unternehmer in Energieeffizienzmaßnahmen investieren, ohne ihre Kreditlinien auszuweiten.

Fördermaßnahmen und Vorgaben müssen gebündelt, vereinfacht und besser kommuniziert werden. Es gibt bereits eine Vielzahl an Förderprogrammen des Bundes und der Länder. Insbesondere für kleine Mittelständler ist es zum Teil schwierig, den Überblick zu behalten. Die Bundesregierung hat selbst festgestellt, dass ein Informationsdefizit besteht.¹⁰ Zudem berichten Unternehmer von aufwendigen Förderanträgen. Durch verschiedene Instrumente, die den gleichen Zweck verfolgen, sind undurchsichtige und bürokratische Doppelstrukturen entstanden. Der Förderdschungel muss gelichtet werden. Effizienz- und Nachweisanforderungen müssen einheitlich und unbürokratisch gestaltet werden. Vorschriften mit dem gleichen Ziel, wie etwa das Erneuerbare-Energien-Wärmegezet (EEWärmeG), das Energieeinspargezet (EnEG) und die Energieeinsparverordnung (EnEV), sollten in einem einzigen Energieeffizienzgezet zusammengeführt werden. Konsequenz reduziert Komplexität, ein Zuschnitt der Förderprogramme auf die Belange des Mittelstands und ein gutes Informationsangebot können wesentlich dazu beitragen, die Energieeffizienz voranzutreiben.

Das Potenzial von Energiedienstleistungen muss gehoben werden. Um Energiedienstleistungen hat sich ein stetig wachsender Markt entwickelt. Contracting ist ein geeignetes Konzept, die

Energieeffizienz zu erhöhen und gleichzeitig die Unternehmen in wichtigen Belangen wie der Finanzierung und der Organisation der Effizienz- und Einsparmaßnahmen zu entlasten. Auch das Contracting für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie kleinere Wohneinheiten ist vielversprechend. Nicht selten erschweren jedoch förder- und steuerrechtliche sowie andere Hemmnisse die Entwicklung des Marktes. Die bestehenden Hemmnisse sollten abgebaut und der Marktzugang mittelstandsfreundlich gestaltet werden. Ratsam wäre es auch, die Bürgschaftsbanken als alternative Finanzierungsmöglichkeit mit einzubeziehen.

Energieberater leisten einen wichtigen Beitrag, um Informationen über Effizienz- und Einsparmaßnahmen in die Unternehmen zu bringen. Jedoch gibt es eine Vielzahl an Ausbildungsmöglichkeiten und Berichte über unterschiedliche Qualität der Beratung. Ein einheitliches Zertifizierungsverfahren kann hier Abhilfe schaffen. Die Inhalte der Ausbildung, die Praxiserfahrung sowie Weiterbildungskurse könnten so im Rahmen eines Credit-Point-Systems bewertet und je nach Zielgruppe (Industrie, Gewerbe, private Verbraucher) zertifiziert werden.

Bestehende Energie- und Umweltmanagementsysteme sowie Zertifizierungen müssen für Mittelständler attraktiver werden. Energie- und Umweltmanagement-Zertifizierungen sind grundsätzlich geeignet, die Energieeffizienz in Unternehmen zu erhöhen und die nachhaltige Unternehmensführung zu fördern. Kleine und mittlere Unternehmen sind mit der Einführung eines kompletten Managementsystems jedoch häufig überfordert. Damit die Systeme auch für den Mittelstand attraktiver werden, müssen diese an die Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Betriebe angepasst werden.

Zudem sollte das Zusammenspiel von Energie- und Umweltmanagementsystemen sowie vorhandenen Öko-Labels verbessert werden. So könnte eine Novellierung des bereits existierenden europäischen EMAS-Labels (European Eco-Management and Audit Scheme) dieses für Mittelständler attraktiver machen. Durch eine Entbürokratisierung der Einstiegsanforderungen könnten mehr kleine und mittlere Unternehmen als bisher an EMAS teilnehmen. Durch die im EMAS-Prozess vorgesehene jährliche Hinzunahme weiterer Nachhaltigkeitskriterien kann insbesondere die Förderung der Energieeffizienz bis hin zur kompletten Integration der sehr anspruchsvollen Energiemanagement-Norm ISO 50001 erreicht werden.

Für Unternehmen könnte sich eine im Zeitablauf stetig verschärfende Anforderung des EMAS auch im Marketing lohnen, wenn dies mit dem bereits bestehenden europäischen ECO-Flower-Label besser verzahnt würde. Dazu sollten schrittweise produktbezogene Kriterien in das EMAS-Label aufgenommen werden und ersichtlich sein, wie lange das Unternehmen bereits an EMAS teilnimmt („EMAS seit 2003“). Eine längere Teilnahme steht dann für eine höhere Energieeffizienz und Umweltfreundlichkeit der Produktion. Der Endkunde könnte am Label ablesen, wie energieeffizient und umweltfreundlich das Produkt hergestellt wurde. Für Unternehmen wäre dies ein weiterer Anreiz für mehr Energieeffizienz und umweltfreundlichere Produktion.

9 Vgl. Prognos (2010): Rolle und Bedeutung von Energieeffizienz und Energiedienstleistungen in KMU.

10 Vgl. BMWi (2014): 3. Nationaler Energieeffizienz-Aktionsplan (NEEAP) 2014 der Bundesrepublik Deutschland; S. 17.

Die gekoppelte Erzeugung von Wärme und Strom steigert die Energieeffizienz und spart Kosten und Energie. Der Ausbau der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist erklärtes Ziel der Bundesregierung.¹¹ Der Einsatz hocheffizienter Blockheizkraftwerke zur gleichzeitigen Strom- und Wärmeerzeugung spart bis zu 30 Prozent an Primärenergie gegenüber der ungekoppelten Erzeugung in fossil gefeuerten Kraftwerken und Kesseln zur Wärmeversorgung ein.¹² Zudem helfen thermische Speicher, die KWK-Anlagen flexibel nach Bedarf einzusetzen. So kann die Bereitstellung von Wärme und Strom entkoppelt werden. Deshalb eignen sich KWK-Anlagen, die wetterabhängig schwankende Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien auszugleichen. Neben der Steigerung der Energieeffizienz leisten KWK-Anlagen somit einen Beitrag zur Stabilisierung der Netze.

Die neu eingeführte Belastung des eigenerzeugten Stroms aus Anlagen von Erneuerbaren und KWK mit der EEG-Umlage bürdet

11 Vgl. Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD; S. 41.

12 Vgl. Prof. Dr. Klaus Taube: Bewertung der Energieeinsparung durch KWK nach der EU KWK-Richtlinie; http://www.bkww.de/infothek/politik/bewertung_der_energieeinsparung_durch_kwk_nach_der_eu_kwk_richtlinie/ (abgerufen am 14. Oktober 2014).

dem Mittelstand weitere Kosten auf und macht den Einsatz effizienter KWK-Anlagen sowie den Einsatz Erneuerbarer Energien für den Eigenverbrauch weniger attraktiv. Für die Steigerung der Energieeffizienz ist dies kontraproduktiv, da weniger Eigenerzeugung mit höheren Verlusten durch den Stromtransport einhergeht. Bei der aktuell anstehenden Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes sollte ein Ausgleich für die neuen Belastungen geschaffen werden.

Ein flexibler Strommarkt kann den Primärenergieverbrauch senken. Der Strommarkt wandelt sich insbesondere durch den steigenden Anteil Erneuerbarer Energien am Strommix. Das derzeitige Marktdesign des Strommarktes (Energy-Only-Markt 1.0) ist nicht auf volatil einspeisende Erneuerbare ausgelegt. Bei hoher Einspeisung und geringer Last muss der Strom zu geringen oder negativen Preisen exportiert werden, um das Netz nicht zu überlasten. Dies erhöht den deutschen Primärenergieverbrauch, ohne dass der Strom hierzulande genutzt wird. Bei weiterem Ausbau der Erneuerbaren und bei weiteren Stromeinsparungen verschärft sich das Problem. Ein flexibler Strommarkt (Energy-Only-Markt 2.0) ermöglicht einen effizienteren Einsatz des Kraftwerksparks und erhöht somit die Effizienz beim Einsatz der Ressourcen. Zudem reduzieren sich die Stromexporte und damit der Primärenergieverbrauch.

Der BVMW vertritt im Rahmen der Mittelstandsallianz 270.000 kleine und mittlere Unternehmen mit ca. 9 Millionen Mitarbeitern. Über 300 Repräsentanten haben jährlich rund 700.000 direkte Unternehmerkontakte. Der BVMW organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Bereich Volkswirtschaft & Politik
Leipziger Platz 15, D-10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30 533206-0

Fax: +49 (0)30 533206-50

politik@bvmw.de

www.bvmw.de